Humanistische Union

Vom Kampf der Gesellschaftsklassen zum „Krieg der Generationen"?

aus vorgänge Nr. 151 (Heft 3/2000), S. 121-126

Seit einiger Zeit wird das geistig-politische Klima der Bundesrepublik stark durch einen Diskurs über Veränderungen im Altersaufbau der Gesellschaft und im Generationenverhältnis beeinflusst. Dieser demografische Wandel erfordere, so heißt es, Eingriffe in soziale Besitzstände und staatliche Sicherungssysteme. Vorgeschlagen wird ein „neuer Generationenvertrag", der auf die Entwertung des Alters hinausläuft: „Der alte Mensch wird zum ‚Sozialballast' oder ‚Humanballast', der eigentlich entsorgt werden müsse." (Guha 2000: 41)

„Gierige Greise" bzw. „unersättliche Senior(inn)en" fungieren als Feindbilder, während „Kind" und „Familie" geradezu Fetischcharakter annehmen. „Doppelverdiener" und „hedonistische Singles" ohne Nachwuchs werden bezichtigt, die Finanzprobleme des Wohlfahrtsstaates, insbesondere der Alterssicherung, erzeugt und nicht der Reproduktion der Gesellschaft gedient zu haben. Vom „Luxus eines unabhängigen, kinderlosen Lebens" ist die Rede, durch den die Betreffenden ihre Verantwortung dem „eigenen Volk gegenüber" missachteten (Susteck 1995: 20). Als mögliche Gegenmaßnahme werden „Strafsteuern" für Kinderlose erwogen, wobei ignoriert wird, dass die Steuerbelastung der Ledigen ohne Kinder wesentlich höher ist als jene der Familienväter) (vgl. Dinkel 1995: 13).

Sozial- wird auf Familienpolitik reduziert, diese jedoch zur „Gesellschaftsreform" empor stilisiert (Wingen 1995). Entsolidarisierung und (Teil-)Privatisierung des Sozialstaates firmieren unter dem Gütezeichen einer größeren Generationengerechtigkeit. So schrieb etwa Elisabeth Niejahr in der „Zeit" vom 21.10.1999 über Alternativen zum Umlageverfahren in der gesetzlichen Rentenversicherung: „Bei kapitalgedeckten Systemen sorgt jede Generation für sich selbst, etwa durch Aktienfonds, Lebensversicherungen oder durch Einzahlungen in staatliche oder betriebliche Pensionsfonds."

Die von der rot-grünen Bundesregierung zusammen mit den früheren Regierungsparteien CDU/CSU und FDP geplante Rentenreform soll einen „fairen Ausgleich zwischen den berechtigten Interessen von Jung und Alt" herbeiführen, beinhaltet jedoch eine Kürzung der Zahlungen an die Versicherten und eine finanzielle Entlastung der Arbeitgeber, die sich am Aufbau eines Kapitalstocks zur privaten Alterssicherung nicht beteiligen müssen. Zwar sind die Leistungen des Sozial- (versicherungs)staates in Deutschland wegen seiner Bindung an die „Normalbiografie", das „Normalarbeitsverhältnis" und die „Normalfamilie" ungleich auf die Generationen verteilt. Man könnte von einem sozialpolitischen Altersbias sprechen, sollte ihn jedoch weder überschätzen noch daraus den Schluss ziehen, dass ein Abbau des Wohlfahrtsstaates für Jüngere einen (wie auch immer gearteten) Vorteil bedeuten würde.

In einer alternden, aber nicht „vergreisenden" Gesellschaft mit sich - aus anderen Gründen: Stichwort „Globalisierung" - verschärfenden Interessengegensätzen hat die populärwissenschaftliche Literatur über einen angeblich bevorstehenden „Krieg der Generationen" medial Hochkonjunktur. Hierbei handelt es sich um die journalistische Dramatisierung eines gesellschaftlichen Verteilungskampfes (vgl. Behrend 1996: 264), der – auf dem Rücken von Rentner(inne)n ausgetragen –, von den tatsächlichen Konfliktlinien ungerechter Einkommens- und Vermögensverteilung (vgl. dazu: Schäfer 1999) eher ablenkt.

Mit dem zunächst einmal plausibel klingenden Ruf nach (mehr) Generationengerechtigkeit wird das eigentliche Problem (einer wachsenden sozialen Ungleichheit innerhalb jeder Generation) eskamotiert. Pointiert formuliert: Wer Junge gegen Alte aufwiegelt, nimmt die Arbeitgeber aus der Schusslinie, lenkt von unternehmerischen Rationalisierungsstrategien, Massenentlassungen und

zunehmender Mehrarbeit ab.

Familienfundamentalismus: „Generationengerechtigkeit" statt Solidarität?

In einer reichen Gesellschaft wie der Bundesrepublik sind viele Kinder arm (vgl. Butterwegge 2000), was umso mehr erstaunt, als sie gleichzeitig die Überalterung, mangelnden Nachwuchs und einen nachlassenden Kinderreichtum der Familien beklagt. Im Unterschied zu den meisten anderen Erscheinungsformen der Armut weckt Kinderarmut tiefe Emotionen und negative Assoziationen im Zusammenhang mit dem Reizthema „Sicherung der Renten" und „Generationenvertrag", das in den Massenmedien oft unter dem Titel „Krieg der Generationen" abgehandelt wird. Typisch für die polemische und wenig gehaltvolle Art, in der der Sensationsjournalismus das Thema aufgreift, war ein Bericht des „Stern" (11.5.1995) über den angeblichen „Sozialfall Deutschland" unter dem Titel „Die Verlierer" , welcher mit den Worten beginnt: „Kinder, die heute geboren werden, sind eigentlich schon pleite. Denn eine Generation von Egoisten hat sich den Sozialstaat zur Beute gemacht und verpraßt die Zukunft ihrer Kinder. Sie hinterlässt Schulden in Billionenhöhe und ein Sozialsystem, das vor dem Kollaps steht. Doch jetzt fangen die Jungen an, gegen die Schmarotzer im Wohlfahrtsstaat aufzumucken."

Faktisch wirkt die soziale Polarisierung bei Jüngeren nicht anders als bei Älteren: Die tendenziell zunehmende Armut geht mit wachsendem Wohlstand und vermehrtem Reichtum einher, ja sie bildet geradezu dessen Kehrseite. Es gab noch nie vergleichbar viele Haushalte ohne materielle Sorgen und noch nie so viele Kinder mit einem riesigen Vermögen in der Bundesrepublik wie heute. Um dadurch Steuervorteile (z.B. mehr Freibeträge pro Familie) zu erlangen, übertragen Eltern ihren Wertpapierbesitz schon kurz nach der Geburt auf ihre Kinder, was durch die Erbschaftssteuerreform der liberal-konservativen Bundesregierung begünstigt wurde.

Das traditionelle Leitbild der Familie, worunter Konservative immer noch die sog. Hausfrauenehe mit zwei oder mehr Kindern verstehen, erhielt neuen Glanz. Seit der Fünfte Familienbericht eine „neue Familienorientierung" zwecks Zukunftssicherung des gesellschaftlichen „Humanvermögens" proklamierte (Bundesministerium 1994: 138), mutierte die Sozialpolitik zur Familienpolitik. Der öffentliche Diskurs über Kinderarmut hat sich nicht erst seit der Kontroverse um den Zehnten Kinder- und Jugendbericht bzw. die Kritik der damaligen Familienministerin Claudia Nolte (CDU) an seinem Armutsbegriff vor der Bundestagswahl am 27. September 1998 intensiviert, ist aber eher ambivalent, weil keineswegs immer auf die Belange von Kindern und Jugendlichen fokussiert, die man zum Teil für andere Ziele instrumentalisiert.

Ähnliches gilt für Debatten über die „Vergreisung" der Gesellschaft und hieraus möglicherweise erwachsende Finanzierungsprobleme. Statt darüber nachzudenken, wie man aus einer Verschiebung der Altersstruktur resultierende Schwierigkeiten solidarisch (z.B. durch Verbreiterung der Basis des Rentensystems: Einbeziehung von Selbstständigen, Freiberuflern und Beamten) bewältigen kann, benutzt man sie als willkommenes Argument für Kürzungen und funktioniert die Demografie zu einem Mittel sozialpolitischer Demagogie um.

Mit der Begründung, letztlich entscheide die Kinderzahl über das Funktionieren der Alterssicherung (Albers 1997: 137) wird eine pronatalistische Sozial-, Familien- und Bevölkerungspolitik, durch das NS-Regime jahrzehntelang diskreditiert, wieder salonfähig gemacht. Wiewohl es auf den ersten Blick so scheinen mag, hängen die Renten nicht von der Biologie ab (vgl. Schui 1994; ergänzend dazu: Rosenberg 1990). Vielmehr handelt es sich hierbei um eine politische Frage, um Entscheidungen zur (Um -) Verteilung des trotz einer stagnierenden bzw. sinkenden Bevölkerungszahl weiter wachsenden Bruttoinlandsprodukts. Tatsächlich fehlen keine (deutschen) Babys, höchstens Beitragszahler/innen, die man durch eine konsequente Bekämpfung der Arbeitslosigkeit genauso gewinnen kann wie durch die Erhöhung der Frauenerwerbsquote, Erleichterung der Zuwanderung und/ oder die Erweiterung des Versichertenkreises (Einbeziehung neuer Bevölkerungsgruppen in die Sozialversicherung).

„Familienfundamentalismus" nennt Thomas Ebert (1995: 365f) jene „theoretisch radikale und auch politisch militante Rückbesinnung auf vormoderne Wertorientierungen", die eine systematische „Transferausbeutung" der Eltern durch den Sozialstaat unterstellt und ihn zur Wiedergutmachung durch höhere Entlastungen

und/oder Leistungen für die Kindererziehung auffordert. Er kritisiert, dass diese Ideologie den gesellschaftlich produzierten Reichtum auf den Fortpflanzungsmechanismus zurückführt, letztlich selbst das von der Kindergeneration erarbeitete Sozialprodukt als Eigentum der Eltern begreift und ein partnerschaftliches Verständnis der Geschlechterrollen konterkariert.

Martin Kohli (1999: 128) erinnert daran, dass der Diskurs über „intergenerationelle Gerechtigkeit", wie er in den USA schon seit Mitte der 80er-Jahre geführt wurde, meist „eine verkappte Kritik am Wohlfahrtsstaat überhaupt" war, und hebt hervor, dass er auch hierzulande als „Vehikel für den neo-liberalen Versuch zum Sozialstaatsabbau insgesamt" herhalten muss. Schon bei Reimer Gronemeyer (1991: 128) verband sich der Diskurs über die Generationengerechtigkeit mit einer Abqualifizierung der Bismarckschen Sozialpolitik: „Die Vorsorge für das Alter wird seit dem Ende des neunzehnten Jahrhunderts der individuellen Entscheidung entzogen und geregelt durch die Großinstitutionen der sozialen Sicherung. Damit sind der Familie als dem Dach der Generationen die Stützpfeiler entzogen worden: Bismarck hat der Familie den Rest gegeben." Gronemeyer schiebt dem modernen Sozialstaat die Schuld am „demografischen Niedergang" unserer Gesellschaft zu. Heidi Schüller (1995: 74) sieht darin gleichfalls die Wurzel allen Übels: „Unser Sozialsystem entwickelt sich zur Generationenfalle."

Schließlich moniert Jörg Tremmel (1996: 26) die seines Erachtens unsolide Haushaltspolitik: „Um den immer teurer werdenden Sozialstaat zu finanzieren, stellt die herrschende Generation ungedeckte Wechsel auf die Zukunft aus. Die Zeche zahlen eines Tages jene, die heute jung sind."

Bekämpfung der Kinderarmut oder der Kinderlosigkeit?

Immer häufiger erscheinen Kinder nicht nur als „Kostenfaktor auf zwei Beinen", sondern auch als Privateigentum ihrer Eltern, das eine staatliche Subventionierung verdient. Karin Müller-Heine (1999: 60) stellt fest, "dass in Deutschland die Auffassung an Bedeutung gewinnt, Kinder zu haben und aufzuziehen, sei primär eine Leistung für die Gesellschaft, für die diese auch zu bezahlen habe." Konrad Adam (1996: 13) erklärt die sinkende Geburtenrate ökonomi(sti)sch: „Nachdem der Nutzen, den die Kinder bringen, sozialisiert worden ist, die Kosten dagegen zu weit überwiegenden Teilen an den Privaten hängenblieben, ist die Familie zum schlechten Geschäft geworden. Und schlechte Geschäfte sucht der Rendite bewusste Deutsche zu vermeiden." Statt hieraus den Schluss zu ziehen, dass Renditeerwägungen nicht in den Mittelpunkt der Familienplanung gehören, fordert der FAZ-Journalist, dass die Kindererziehung eine höhere Rendite (auf Kosten der Kinderlosen) abwerfen müsse. Er behauptet, die Jungen würden seitens der Alten übervorteilt, zeiht die kinderlosen Paare des Egoismus und geißelt die Benachteiligung der Familien mit Kindern durch die Politik, möchte ihnen aber im Grunde noch mehr Verpflichtungen (z.B. die Familienpflege der Alten) aufbürden, um den Sozialstaat auf diese Weise zu „entschlacken" .

Wer über Kinderarmut spricht, um das Armutsproblem insgesamt verniedlichen und den sozialen Abstieg von Millionen Erwachsenen ignorieren zu können, missbraucht die junge Generation. Ein weiteres Beispiel dafür, wie deren vermeintliche Interessen für eine unsoziale Politik vereinnahmt werden, liefert Hans-Olaf Henkel (1998: 11f) mit seiner Aufforderung, Nachhaltigkeit auch im Rahmen der Sozialpolitik zu verwirklichen: „Mein Anliegen verweist auf die Verantwortung für die Interessen unserer Kinder. Der Grundgedanke ist ebenso faszinierend wie einfach. Wenn es möglich war, die Verpflichtung zum Umweltschutz in allen Schichten, in allen Generationen und in allen Parteien zu verankern, wenn die gesamte deutsche Gesellschaft heute bereit ist, zugunsten nachfolgender Generationen in saubere Flüsse, klarere Seen und mehr Wälder zu investieren, dann müßte sie doch auch bereit sein, unseren Kindern nicht immer weiter steigende Zinszahlungen und marode Sozialversicherungssysteme zu hinterlassen."

Henkels Vorwort zu seinem Buch „Jetzt oder nie" endet mit einer vermutlich die eigene Taktik charakterisierenden Überlegung,

einem Rat an die Regierung und einem pathetischen Schlusssatz: „Reformen, die mit der Verantwortung für kommende Generationen plausibel begründet werden können, haben eine gute Chance, von Medien und Öffentlichkeit akzeptiert und vom Wähler honoriert zu werden. Nachhaltigkeit ist kein Reservat der Umweltpolitik. Wenn die Politik schon zu ‚Bündnissen' aufruft, dann sollte sie zu einem ‚Bündnis für

Nachhaltigkeit' in der Finanz-, Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik einladen. Wir schulden es unseren Kindern." (Henkel 1998: 12) Was der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) meint, wird erkennbar, wenn er das neoliberale Modell eines um Markt- und Konkurrenzmechanismen „angereicherten" Wohlfahrtsstaates mit den Lebensinteressen künftiger Generationen legitimiert: „Ludwig Erhard hat die Marktwirtschaft sozial gemacht. Heute müssen wir die Sozialpolitik mit marktwirtschaftlichen Instrumenten renovieren, im eigenen Interesse und weil wir es unseren Kindern schulden." (Henkel 1998: 250

Auch die SPD benutzte solche Argumentationsmuster, um das „Zukunftsprogramm 2000" der von ihr geführten Bundesregierung zu rechtfertigen. Finanzminister Eichel habe, hieß es in einer Broschüre der Bundestagsfraktion (1999: 11 und 9), sein Sparkonzept „(a)us Verantwortung gegenüber der Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder" vorgelegt: „Um die Zukunft Deutschlands sichern zu können, ist eine harte Konsolidierungspolitik notwendig. Das sind wir unseren Kindern schuldig. (...) Es geht um das Deutschland auch unserer Kinder."

Selbst die Verfassung der Bundesrepublik steht zur Disposition, wenn Heidi Schüller (1997: 57) den „Besitzstandsklammernden Seniorenverbänden", einer „routineerschöpften Politikerkaste" sowie „erstarrten Verwaltungen und Lobbyistenorganisationen" zugunsten „mutiger Reformen für unsere Kinder" entgegentritt: „Das berechtigte Vertrauen der Jungen auf eine Zukunft mit realistischen Chancen, auf eine Zukunft, in der sich persönliches Engagement und Leistungsbereitschaft lohnen, darf nicht enttäuscht werden. Insofern sind wir aufgefordert, das Bestehende in Frage zu stellen – bis hin zum Grundgesetz." Sie (1995: 1790 plädierte gar dafür, Hochbetagten das Wahlrecht zu entziehen, wie das Pluralwahlrecht den Eltern umgekehrt mehr Stimmen und damit den Interessen ihrer Kinder mehr Gewicht verleihen soll.

Veränderungen der gesellschaftlichen Altersstruktur können sowohl zu einem wachsenden Einfluss der Senior(inn)en auf die öffentlichen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse wie auch zu dem genauen Gegenteil führen. Ob sich letztlich die „Logik der Politik" (mehr Stimmen für ältere Wahlbürger/innen entsprechend einem größeren Gewicht) oder die „Logik der Ökonomie" (Kinder als „knappes Gut" , das besonders hofiert werden muss) durchsetzt, wird ganz maßgeblich über die demokratische Qualität der Gesellschaftsentwicklung entscheiden.

Kaum eine politische Grundsatzentscheidung wurde in der Öffentlichkeit so einhellig begrüßt wie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Besteuerung der Familien (genauer: von Ehepaaren mit Kindern) vom 10. November 1998. Was die Medien als höchstrichterlichen Ukas zur Besserstellung „der Familien" feierten, war ein verfassungsrechtlich wie (sozial)politisch fragwürdiger Eingriff in die Steuerhoheit des Gesetzgebers zugunsten der Besserverdienenden und Vermögensbesitzer/innen. Statt durch Konzentration des Familienlastenausgleichs auf ein eiheitliches Kindergeld die sozialen Unterschiede zu verringern, vertiefen die Erhöhung des Kinderfreibetrages bzw. die Einführung eines Betreuungs- sowie eines Erziehungsfreibetrages für (gut verdienende) Ehepaare die Kluft zwischen Arm und Reich, was weder bedürftigen Kindern noch der Gesellschaft insgesamt dient. Denn davon profitieren die Reichen mit Kindern, nicht die armen Kinderreichen, um deren Besserstellung es geht.

Kinderarmut sollte bekämpft werden, ohne in einen „Familienfundamentalismus" zu verfallen, der die Rückkehr zu vormodernen und - demokratischen Werthaltungen impliziert. Bevölkerungspolitik bietet keinen Ausweg im Hinblick auf demografische Veränderungen der Gesellschaftsstruktur. Wer (seine) Kinder als Kapitalanlage („Humankapital") begreift, gelangt leicht zu einer „biologischen Produktionstheorie", der die menschliche Fortpflanzung auch noch im Zeitalter der Hochtechnologie und der Globalisierung als Quelle des gesellschaftlichen Reichtums gilt (vgl. Ebert 1995: 367). Man kann zwischen einer „fundamentalistischen", auf Statussicherung für Eltern gegenüber Kinderlosen derselben Schicht gerichteten, und einer „emanzipatorischen" Familienpolitik unterscheiden, die ganz andere Ziele verfolgt: „Sie geht von der Diagnose aus, daß gesellschaftliche Strukturprobleme, sei es am Arbeitsmarkt, in der Einkommensverteilung, am Wohnungsmarkt, im Verkehr und im Städtebau, in der Chancenverteilung zwischen Männern und Frauen oder im Bildungswesen, in erster Linie zu Lasten von Kindern gehen." (Ebert 1995: 369)

Statt jene Menschen materiell besser zu stellen, die Kinder haben, sind jene Kinder besser zu stellen, die keine gut situierten Eltern haben oder von ihnen vernachlässigt werden. Es muss darum gehen, Kinder direkt und unabhängig von der jeweiligen Familienform wie von der Erwerbsbiografie ihrer Eltern zu unterstützen. Dies impliziert, dass sich die Rechte eines Kindes aus seiner eigenen Identität als Kind statt aus seiner Beziehung zu einem anspruchsberechtigten Elternteil ableiten (vgl. Joos 1997: 76). Kinderarmut kann nicht

durch Aufwertung traditioneller Fam-ilienformen, sondern nur durch die Bereitstellung bzw. Verbesserung der sozialen Infrastruktur und entsprechender Dienste für die davon (potenziell) Betroffenen wirksam bekämpft werden (vgl. Bäcker/Stolz-Willig 1994: 13ff.; Bäcker 2000: 267).

Literatur

Adam, Konrad 1996: Für Kinder haften die Eltern. Die Familie als Opfer der Wohlstandsgesellschaft; Weinheim/Berlin

Albers, Willi 1997: Die Alterssicherung kindererziehender Mütter und Witwen; in: Sozialer Fortschritt 6/7: 137-141

Bäcker, Gerhard 2000: Armut und Unterversorgung im Kindes- und Jugendalter: Defizite der sozialen Sicherung; in: Christoph Butterwegge (Hg.), Kinderarmut in Deutschland. Ursachen, Erscheinungsformen und Gegenmaßnahmen; Frankfurt am Main/New York: 244-269

Bäcker, Gerhard/Stolz-Willig. Brigitte 1994: Vereinbarkeit von Beruf und Familie als eine Zukunftsaufgabe des Sozialstaats; in: dies. (Hg.), Kind, Beruf, Soziale Sicherung. Zukunftsaufgabe des Sozialstaats; Köln: 13-52

Behrend, Christoph 1996: Krieg der Generationen statt Generationenvertrag - ein realistisches Szenario?; in: Sozialer Fortschritt 11: 264-269

Bundesministerium für Familie und Senioren (Hg.) 1994: Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland — Zukunft des Humanvermögens, Fünfter Familienbericht; Bonn

Butterwegge, Christoph 1999: Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik; Opladen

Butterwegge, Christoph (Hg.) 2000: Kinderarmut in Deutschland. Ursachen, Erscheinungsformen und Gegenmaßnahmen; Frankfurt am Main/New York

Dinkel, Reiner Hans 1995: Die Kinderlosen: das neue Feindbild der Familien-, Steuer- und Sozialpolitik; in: Sozialer Fortschritt 1: 11-13

Ebert, Thomas 1995: Familienfundamentalismus und Alterssicherung; in: WSI-Mitteilungen 6: 365-373

Gronemeyer, Reimer 1991: Die Entfernung vom Wolfsrudel. Über den drohenden Krieg der Jungen gegen die Alten; Frankfurt am Main

Guha, Anton-Andreas 2000: Von der Entwertung des Alters. Einige unsystematische Anmerkungen zu einem schwierigen
Problem; in: vorgänge 150: 37-43

Henkel, Hans-Olaf 1998: Jetzt oder nie. Ein Bündnis für Nachhaltigkeit in der Politik; Berlin

Joos, Magdalena 1997: Armutsentwicklung und familiale Armutsrisiken von Kindern in den neuen und alten Bundesländern; in: Ulrich Otto (Hg.), Aufwachsen in Armut. Erfahrungswelten und soziale Lagen von Kindern armer Familien; Opladen: 47-78

Kohli, Martin 1999: Ausgrenzung im Lebenslauf; in: Sebastian Herkommer (Hg.), Soziale Ausgrenzungen. Gesichter des neuen Kapitalismus; Hamburg: 111-129

Müller-Heine, Karin 1999: Ziele und Begründungen von Familienpolitik; in: Arbeit und Sozialpolitik 9/10: 56-64

Rosenberg, Peter 1990: Das soziale Netz vor der Zerreißprobe?. Ökonomische, technologische und demographische Herausforderungen; Frankfurt am Main

Schäfer, Claus 1999: Von massiven Verteilungsproblemen zu echten Wettbewerbsnachteilen?, Daten, Fakten und Argumente zur Entmythologisierung der „Standort " -Debatte; in: Christoph Butterwegge u.a. (Hg.), Herrschaft des Marktes — Abschied vom Staat?; Opladen: 63-81

Schui, Herbert 1994: Die Rentenversicherung ist kein biologisches Problem; in: Frankfurter Rundschau v. 7.1.

Schüller, Heidi 1995: Die Alterslüge. Für einen neuen Generationenvertrag; Berlin

Schüller, Heidi 1997: Wir Zukunftsdiebe. Wie wir die Chancen unserer Kinder verspielen; Berlin

SPD-Bundestagsfraktion (Hg.) 1999: Zukunftsprogramm kompakt. Daten — Fakten — Argumente; Berlin

Susteck, Herbert 1995: Das gesellschaftliche Verständnis der Familie in der Bundesrepublik Deutschland; in: Aus Politik und Zeitgeschichte 52/53: 16-25

Tremmel, Jörg 1996: Der Generationsbetrug. Plädoyer für das Recht der Jugend auf Zukunft; Frankfurt am Main

Wingen, Max 1995: Familienpolitik als Gesellschaftsreform; in: Aus Politik und Zeitgeschichte 52/53: 26-

https://www.humanistische-union.de/publikationen/vorgaenge/vorg-151/publikation/vom-kampf-der-gesellschaftsklassen-zum-krieg-der-generationen/
Abgerufen am: 02.11.2026